

3321/J XX.GP

der Abgeordneten DDr.Niederwieser; Mag.Guggenberger, Mag. Wurm, Tegischer und Genossen -

an den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten

betreffend Kontrollstation Kundl

Mit dem demnächst stattfindenden Abbau der Grenzkontrollen wird die Notwendigkeit strategischer Kontrollstellen aktuell, an denen u.a. Gewicht, Gefahrgut, technischer Zustand und die Einhaltung der Lenk- und Ruhezeiten für LKW's (und Busse) überwacht werden kann.

Konsequente und effiziente Kontrollen sind erforderlich aus Gründen

- des Schutzes der Bevölkerung und der Umwelt,
- der Verkehrssicherheit,
- der Kostenwahrheit,
- des Schutzes der heimischen Frächter und
- fairer Wettbewerbsbedingungen zwischen Schiene und Straße.

Der Tiroler Bevölkerung wurde dementsprechend auch die Schaffung solcher Kontrollstellen versprochen und es wurden auch konkrete Skizzen für eine solche in Kundl veröffentlicht. Die primäre Zuständigkeit für die Realisierung liegt beim Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten und im Land Tirol bei LH Dr. Weingartner und LR Dr. Lugger.

Derzeit deutet allerdings nichts daraufhin, daß diese Kontrollstelle mit Beginn des Jahres 1998 in Betrieb gehen könnte. Vielmehr besteht der Eindruck, als wurden LH Dr. Weingartner und der zuständige Verkehrslandesrat Dr.Lugger in Übereinstimmung mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten auf wirksame Kontrollmöglichkeiten in Hinkunft verzichten wollen und sie verträsten mit fragwürdigen Hinweisen auf einen Vertrag bzw. Verhandlungen mit Deutschland die Realisierung dieses Projektes. Die Hinweise auf bilaterale Verhandlungen, durch welche weiterhin an der gemeinsamen Grenze in Kiefersfelden eine Verwiegung stattfinden könnte, geht allerdings

schon deshalb ins Leere, weil Kontrollen auf deutschem Hoheitsgebiet letztlich immer auch vom Vertragspartner abhängig sind und ja hinlänglich bekannt ist, daß Deutschland und Österreich bei Fragen des Schwerverkehrs stark differierende Interessen und Meinungen vertreten.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten die folgende

A n f r a g e:

1. Bestehen bereits konkrete Planungen für die Schaffung der Kontrollstelle Kundl und wenn ja, seit wann, zu welchen Kosten und wo sind diese Kontrollstellen genau geplant?
2. Wenn nein, weshalb nicht?
3. Welche Position vertritt das Land Tirol in dieser Angelegenheit dem Bundesministerium gegenüber?
4. Bei einer Besprechung hochrangiger beamteter Vertreter im bayrischen Staatsministerium am 11.11.1996 berichtete ein Tiroler Teilnehmer der Runde, „daß die Tiroler Landesregierung den politischen Auftrag hat, in Kundl eine ständig benutzbare Kontrollstelle zu errichten, die die Durchführung lückenloser Verkehrskontrollen ermöglicht.“ Ist Ihnen bekannt, von wem dieser „Auftrag“ stammt?
5. Gab es Interventionen der Wirtschaftskammer gegenüber Ihrem Ministerium, auf die Schaffung dieser Kontrollstellen zu verzichten und wenn ja, was waren deren wesentlichen Argumente?
6. Gab es in dieser Sache Ihrem Ministerium gegenüber Interventionen des Transitforums Tirol, diese Kontrollstellen einzurichten?
7. Falls es im Sinne der Fragen 4 und 5 derartige schriftliche oder persönliche Interventionen gab, welche Position haben Sie dazu vertreten?

8 Halten Sie eine Verwendung der vorhandenen Grenzkontrollenrichtungen bei Kufstein-Kiefersfelden für die Durchführung von „Inlandskontrollen“ EU - rechtlich für möglich?

9. Wenn ja, gab es mit der EU bereits diesbezügliche Verhandlungen und wenn ja, wann?

10. Wenn nein, weshalb nicht?